

8. Juni 1953 Vor 65 wurde in Korea mit einem Abkommen über die Repatriierung der Kriegsgefangenen eine wichtige Grundlage für den Abschluß des Waffenstillstandes geschlossen.
13. Juni 1958 vor 60 Jahren lehnte der deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien eine Volksbefragung zur Atombewaffnung ab.
14. Juni 1928 90. Geburtstag Ernesto Guevara, genannt Che.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

6. Ausgabe / 28. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

12. Juni 2018

Impressionen von der 1. Tagung des 6. Bundesparteitages



Unsere Delegierten.

Das Gruppenbild ist made by Magdeburg.



Aus der Stadtratssitzung vom 30. Mai 2018

Enttäuschung machte sich in unseren Reihen nach der Wahl des Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt breit. Ein sicher geglaubtes Ergebnis erfüllte sich nicht. Hoher Favorit für die Stelle des Beigeordneten war Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – wurde nicht gewählt. Neuer Beigeordneter der Stadt Halle (Saale) ist nun René Rebenstorf. Über Gründe, warum das Ergebnis so ausgefallen ist, wer wie abgestimmt hat etc. spekuliere ich hier nicht. Wir werden an anderer Stelle über die Zusammenarbeit des Bündnisses von SPD, GRÜNEN und LINKEN zu reden haben.

Herr Rebenstorf wird in den nächsten Wochen seine Aufgaben in Halle wahrnehmen und als Fraktion wünschen wir ihm natürlich viel Erfolg und hoffen auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Im Stadtrat wurden ohne Diskussionen die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie die Vorschläge für die Wahl der Schöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle und des Landgerichts Halle gewählt.

Zugestimmt wurde der Vorlage, die die Zuschüsse zur Förderung von städtepartnerschaftlichen Beziehungen regelt. Besser: den Änderungen wurde zugestimmt.

Zugunsten von Bürger*innen, die von Transferleistungen leben, wurde ein höherer Zuschuss beschlossen, damit ihnen auch eine Teilhabe an Aktivitäten von städtepartnerschaftlichen Beziehungen möglich ist.

Einige Bebauungspläne – z.B. zur Wohnbebauung am Sandbirkenweg oder zum Wohngebiet an der Bugenhagenstraße fanden ebenfalls ohne große Diskussion eine Mehrheit. Was lange währt – wird gut! Dieser Ausspruch passt zu der Verabschiedung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in unserer Stadt. Über Monate zog sich die Diskussion dazu hin. Einige Neuerungen

ergeben sich jetzt für die Vereine – z.B. bei der Förderung der Betriebskosten.

Beschlossen wurde auch das Verfahren der Vergabe sowie Unterhaltung und Pflege von Ehrengrabstätten. Mit diesem Verfahren wird nun geregelt, welchen Persönlichkeiten eine Ehrengrabstätte auf kommunalen Friedhöfen zugedacht werden kann.

Viele Schulen – z.B. die Grundschule Lessing wird saniert. Und die Ausweichschule/ neue Schule am Standort Holzplatz bekommt eine Sporthalle; diesen Beschluss haben wir auch gefasst.

Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD zur Ausgestaltung des Halle-Passes fand eine Mehrheit. Das Anliegen des Antrages besteht vor allem darin,

1. allen Anspruchsberechtigten des Halle-Passes diesen Pass zeitgleich mit der Bescheidung der Transferleistungen auszuhändigen. Wir erhoffen uns, dass dadurch noch mehr der Anspruchsberechtigten auch die Leistungen des Halle-Passes annehmen.
2. Wir möchten, dass Inhaber*innen des Halle-Passes A die Stadtbibliothek und das Stadtmuseum kostenfrei nutzen können. Es soll geprüft werden, welche weiteren Einrichtungen, auch privatwirtschaftliche, Ermäßigungen für Halle-Pass-Inhaber*innen anbieten können.
3. Wir möchten einen Mobilitätsbeitrag von 5 EURO, der individuell für ÖPNV-Leistungen eingesetzt werden kann, durchsetzen. Ein geeignetes Modell soll dazu die HAVAG entwickeln.

Auch ein gemeinsamer Antrag SPD/LINKE und GRÜNE zur Instandsetzung von Fuß- und Radwegen passierte den Stadtrat mit Mehrheit.

Ute Haupt, Stadträtin

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
07.06.2018
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 05.07.2018

In Berlin und (H)alle dabei – Das bisschen Haushalt

Die Bundesregierung sprach im Mai über ihr liebstes Thema – das Geld. Dieses soll ja bekanntermaßen nicht stinken. Der Bundeshaushalt allerdings muffelt schon ganz schön faulig.

Was ist eigentlich ein Bundeshaushalt?

Er wird immer für das kommende Jahr aufgestellt. In ihm werden die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben des Bundes festgehalten. Die Einnahmen bestehen hauptsächlich aus Steuergeldern und die einzelnen Ministerien verhandeln mit dem Bundesfinanzministerium, wie viel Geld sie aus diesem Einnahmetopf für ihre politischen Bereiche (Kultur, Sport, Bildung, Verteidigung, Soziales etc.) erhalten. Das ist ein ganz schönes Gerangel, denn jede(er) möchte natürlich das größte Stück vom Kuchen abhaben – oder zumindest ein bisschen. Sind diese Regierungsinernen Haushaltsgespräche geführt, werden die Wünsche der Ministerien mit den Realitäten abgeglichen. Das heißt, es kommt zu einer mittelfristigen Prognose über die Wirtschaftsentwicklung und zu erwartenden Steuereinnahmen. Auf dieser Grundlage wird ein Entwurf des Haushaltes angefertigt. Der ist wie ein Vorschlag oder eine Diskussionsgrundlage über die Höhe der den Ministerien zugeteilten Mittel zu verstehen. Nachdem dann alle Abgeordneten diesen Entwurf zum ersten Mal gelesen haben, sind dann manche Ministerien bereits glücklich, andere nicht. Also werden Debatten geführt und Änderungsanträge eingebracht. An diesem Punkt befindet sich die Bundesregierung mit dem aktuellen Entwurf des Bundeshaushaltes.

Solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert soll er sein, dieser Bundeshaushalt, ohne dabei neue Schulden aufzunehmen. Klingt sehr nach der alten schwarzen und verstaubten Null der Vergangenheit. Das Bundesfinanzministerium fasst den Entwurf anschaulich und knapp zusammen. Demnach sollen Investitionen getätigt und somit Steuerentlastungen ermöglicht werden. Das klingt auch alles nicht neu. Konkret will der Bund ab 2020 über höhere Umsatzsteueranteile die Länder entlasten. Der Breitbandausbau soll vorangetrieben werden. Im Finanzplan sind verschiedene Maßnahmen wie ein Ganztagsbetreuungsprogramm vorgesehen. Ab 2021 soll der Solidaritätszuschlag abgesenkt werden.

Im sozialen Bereich, so schreibt das Finanzministeri-

um auf seiner Homepage, sieht der Entwurf des Haushaltes vor, das Kindergeld und den Kinderfreibetrag in zwei Stufen zu erhöhen. Dafür stünden 5,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Das ist schön, aber wo bleiben die Kitaplätze? Auch der soziale Wohnungsbau soll gefördert werden – mit 2 Mrd. Euro. Gleichzeitig soll es aber auch 2 Mrd. Euro für den Erwerb von Wohneigentum geben. Reicht das schon im Kampf gegen Leerstand und Mietpreis-Wettrüsten? Bildung, Wissenschaft und Forschung gehen leer aus.

Den Vogel schießt allerdings, wie soll es auch anders sein, die Bundeswehr ab – auch das liest man auf der Homepage des Bundesfinanzministeriums. Die darf sich nämlich freuen, dass der Verteidigungshaushalt im Jahr 2018 sage und schreibe 38,5 Mrd. Euro erhält – Tendenz steigend. Aber das muss sein. Denn wir brauchen ganz dringend neue Hubschrauber, Panzer, Waffen und weitere wichtige Dinge, damit in fremden Ländern Krieg gespielt und Leid verursacht werden kann. Dagegen sind die 9,4 Mrd. Euro für die Humanitäre Hilfe oder auch die bereits genannten Investitionen im Bildungs- und Sozialsektor ein Witz.

Was brauchen wir wirklich?

Meine Fraktion hat da einige Vorschläge, die Gesine Löttsch in ihrer Rede am 18. Mai zusammengefasst hat. Wirklich wichtiger als die Rüstungsindustrie mit Milliarden zu unterstützen, wäre es, wenn wir dieses Geld in Schulen und Pflegeeinrichtungen stecken. Waffenexporte in Krisengebiete müssen enden. Wir brauchen nicht 2 Milliarden, sondern mindestens 5 Milliarden Euro für bezahlbaren Wohnraum. Und diejenigen, die Wohnungen bauen, sollten einen Teil ihrer Investitionen auch in den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs stecken, damit die Menschen nicht nur gut wohnen, sondern auch bequem zur Arbeit und nach Hause kommen. Arbeit muss gerecht entlohnt werden. Also rauf mit dem Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde und her mit der Mindestrente im Alter. So wird Altersarmut verhindert.

Was brauchen wir noch?

Ehrliche VolksvertreterInnen, die das Volk und nicht die Industrielobby vertreten, so wie es durch die demokratischen Wahlen eigentlich vorgesehen ist. Wer das ernst nimmt, kann eigentlich nicht auf der Seite der Autoindustrie stehen und zusehen, wie BürgerInnen um ihr Geld betrogen werden. Auch die

BürgerInnenbeteiligung muss gestärkt werden. Statt Menschen zu bespitzeln und ihre Daten auf Vorrat zu speichern, muss Vertrauen und auch Zutrauen herrschen in der Bevölkerung – auf beiden Seiten. Denn die Interessen der WählerInnen werden nicht mit dem Kreuz in der Wahlkabine ungültig gemacht, sondern erhalten mehr Gewicht, wenn sie regelmäßig eingebunden und abgefragt werden.

Zu den Interessen der Menschen gehört auch die Gesundheit und die ist eng verbunden mit der Natur. Ein Ausstieg aus der Atomenergie und das Abschalten der 20 schmutzigsten Braunkohlekraftwerke sind nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch für den Men-

schen, der wissen will, woher sein Strom kommt und was in seiner Nahrung ist. In der befindet sich nämlich Mikroplastik. Wie schädlich die ist, muss weiterhin erforscht werden – unabhängig und entsprechend gut finanziert.

Das sind nur einige Beispiele dafür, wie die Einnahmen des Bundeshaushaltes tatsächlich sinnvoll genutzt werden können und sollten. Diese Vorschläge sind um ein Vielfaches wirksamer, als die von der Bundesregierung im Haushaltsentwurf vorgebrachten. Jene stinken nämlich zum Himmel - sie sind weder sozial, noch solide und schon gar nicht zukunftsorientiert!

Prager Frühling 1968 – 50 Jahre

Das Jahr 1968 brachte in zahlreichen Ländern der Welt eine Aufbruchstimmung mit sich. Besonders die Jugend verlangte nach Veränderung; sie hinterfragten die Zustände in der Politik und in der Gesellschaft. Sie gingen für Freiheit, Frieden, Gleichberechtigung und das Recht auf Mitbestimmung auf die Straßen. In diese Zeit fällt auch der „Prager Frühling“, der im Januar 1968 mit dem Aufstieg des unbekanntenen Alexander Dubcek seinen Anfang fand.

Alexander Dubcek wurde 1921 geboren und verbrachte seine Jugend fast bis zur Volljährigkeit in der Sowjetunion. Sein Vater, ein Zimmermann, siedelte mit seiner Familie in der Mitte der 20er Jahre dorthin über, um am Aufbau des Kommunismus mitzuwirken. Die Familie kehrte 1938 in die Slowakei zurück und Dubcek beteiligte sich 1944 als Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS) am Slowakischen Nationalen Aufstand. Nach dem Krieg stieg er innerhalb der Partei, aber auch in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC) rasch auf. In den 50er Jahren verbrachte er einige Zeit in Moskau und wurde auf Grund seiner guten Russischkenntnisse dorthin zum Studium in die Kadernschmieden geschickt. Seit 1963 war er Chef der Slowakischen Kommunisten.

Im Januar 1968 wurde Antonin Novotny als Chef der KSC abgesetzt. Er wurde bereits seit längerem kritisiert. Er wäre ein uneinsichtiger Verfechter des Prager Zentralismus und das Volk sah sich von ihm übermä-

ßig bevormundet. Zwar gab es zu Beginn der 60er Jahre einige zarte Reformversuche der Partei. So sollte die Wirtschaft und die Politik modernisiert werden, doch letztlich tat sich Novotny als Bremser hervor.

Auch Wirtschaftsreformer wie Ota Sik äußerten sich über die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen. Er endete auf dem 8. Parteitag der KSC mit dem Appell, auch die Demokratisierung der Gesellschaft anzugehen. Er begründete dies, dass es unerlässlich sei, der Gesellschaft etwas mehr Spielraum zu geben, ansonsten könne die Partei ihre Machtposition nicht länger halten. Die Verabschiedung von alten Dogmen kam jedoch bei Novotny und seinen Getreuen nicht gut an. Später gab Sik an, den Sozialismus gänzlich vernichten zu wollen. Auf dem Parteitag sprach er darüber kein Wort.

Bereits gegen Ende 1967 deuteten sich Signale für eine Veränderung an; wurde noch im Juni auf dem Schriftstellerkongress nur über Kritik an den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Land gesprochen, so fanden im Oktober Studentenunruhen auf den Straßen von Strahov statt. Wegen ständiger Stromausfälle demonstrierten die Studenten vor ihrem Wohnheim und riefen nach „mehr Licht“. Diese versteckte Botschaft aufgreifend wurden die Unruhen von den Sicherheitskräften des Landes brutal aufgelöst. Doch der Druck auf die Staatsmacht blieb; diese als „Strahover Ereignisse“ genannten Unruhen gingen in die Geschichte ein und die Öffentlichkeit erhöhte

den Druck auf die politische Führung.

Auch in der KSC riefen Funktionäre nach Veränderung und so wählte das Zentralkomitee am 5. Januar 1968 nach der Absetzung Novotnys den wenig bekannten Dubcek als neuen Chef der KSC. Er galt als guter Kompromiss zwischen dem Reformflügel und den konservativen Kräften der Partei. Während andere Kandidaten als zu stark mit dem einen oder anderen Flügel identifiziert wurden, galt für Dubcek als keinem der Flügel stark zugetan. Er wurde als konsequenter Verfechter slowakischer Interessen angesehen und wurde somit ins Amt gewählt. Mit seiner Wahl wurde zwar noch kein Programm des „Prager Frühlings“ beschlossen, aber seine Wahl sollte die Öffentlichkeit und auch die reformierenden Kräfte innerhalb der Partei ermutigen, dass es eine breite gesellschaftliche Diskussion und rasche Veränderungen geben würde.

Die Stimmung in der Bevölkerung änderte sich schnell. Sie stimmten dem Sozialismus zu, allerdings in seiner Reformationsjacke mit dem Aufnäher Demokratie. Eine Abschaffung wollten Sie nicht. Im Juli 1968 äußerten sich 89% der Bevölkerung als zufrieden mit Dubceks Regierung, der in seinem Programm einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ propagierte. Nur 7% zeigten sich unzufrieden.

Grundlegend hatte Dubcek einen neuen Sozialismus erdacht, „ohne selbsternannten Führer [...], ohne graue Arbeitsstätten und ohne gefühllose Bürokratie“.

Er wollten den Wert Mensch über allen Werten stellen und das System den Gegebenheiten der CSSR anpassen, anstatt blind von Moskau zu kopieren.

In der Politik proklamierte er eine Liberalisierung aller Lebensbereiche. Er wollte den Zentralismus abbauen, die Machtkonzentration auf eine Person verhindern. Außerdem war er für eine innerparteiliche Demokratie und für eine Rückkehr zu einem parlamentarischen Modell mit bürgerlichen Parteien.

Im Rechtssystem war er für Pluralismus und die Meinungsfreiheit. In der Wirtschaft wollte er die zentrale Planung begrenzen und minimieren. Dahingehend sollten Betriebe in den Wettbewerb miteinander treten, der Besitz dieser Betriebe – zumindest formell – aber in Arbeiterhand bleiben. Damit wollte er die wissenschaftlich-technische Revolution vorantreiben.

Mit der Freiheit der Presse, Wissenschaft, Information und Reisen sollten wichtige Schritte auf dem Weg zum kulturellen Pluralismus geschaffen werden. Zusätzlich galt der kulturelle Pluralismus auch den zahlreichen Nationalitäten innerhalb der CSSR, den Minderheiten sollte kulturelle Selbstbestimmung und Entfaltung gewährt werden. Die Slowakei sollte eine staatsrechtliche Gleichberechtigung in Form einer Förderalisierung der CSSR erhalten.

Außenpolitisch war oberstes Ziel die Sicherheit in Europa. Jedoch sollte sich die CSSR auch an die Vorgaben des Warschauer Paktes halten, so gaben es die Reformer vor. Sie wollten die Beziehungen innerhalb des Bündnisses von der sowjetischen Vormacht weg und hin zu einer gleichberechtigten Partnerschaft rücken. Zudem sollten die Ideen des „Prager Frühlings“ in andere Länder in Ost und West weitergetragen werden.

Die Sowjetunion amüsierten die Veränderungen in der CSSR nicht im Geringsten. Obwohl sie zunächst der Wahl Dubceks zustimmten und den Machtwechsel von Novotny auf Dubcek guthießen, sahen sie die neuen Entwicklungen kritisch.

Das von dem Schriftsteller Ludvik Vaculik aufgesetzte Manifest der 2000 Worte, welches von zahlreichen Intellektuellen unterzeichnet wurde und ein Zeugnis der Emanzipation der Öffentlichkeit darstellte, wurde von der Sowjetunion als Plattform der Konterrevolution bezeichnet.

In der Nacht zum 21. August 1968 marschierten Truppen der Staaten des Warschauer Paktes, Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien in die Tschechoslowakei ein und besetzten innerhalb weniger Stunden strategische Punkte im Land.

Zwei Tage später wurde der Präsident Ludvik Svoboda zu Verhandlungen nach Moskau gerufen. Das Ergebnis war im Protokoll drei Tage später zu lesen – die Aufhebung fast aller Reformprojekte. Den „Prager Frühling“ mit seinen Verbesserungen und den Schritt in eine eigenständige Zukunft der CSSR gab es nun nicht mehr.

Daniela Müller
Redaktion Saalekreis

10. Mai 2018 – Tag des Buches

Dieses Jahr am 10. Mai erinnerten wir zum 85. Mal an die Bücherverbrennungen des Nazi-Regimes.

An diesem Tag 1933 wurden in 20 Universitätsstädten Deutschlands tausende Bücher verbrannt. Mit der Aktion „Wider den undeutschen Geist“ rief die nationalsozialistisch dominierte Deutsche Studentenschaft auf, den „undeutschen Schrifttum auszumerzen“. Damit gemeint waren Schriften und Bücher, weil sie nicht den Ansichten des Regimes entsprachen. Sie verfälschten angeblich die Geschichte, beschmutzten das Ansehen deutscher Soldaten, verhöhnten Familie und Kirche, stammten von jüdischen Autor*innen oder behandelten jüdische Themen und waren sittenlos oder erotisch. Zentraler Punkt 1933 war der Berliner Opernplatz, heute Bebelplatz. In seiner „Feuerrede“ wandte sich NS-Propagandaminister Joseph Goebbels an die Schaulustigen auf dem Platz: „Deutsche Männer und Frauen, das Zeitalter eines überspitzten jüdischen Intellektualismus ist nun zu Ende.“ Um ihn herum 70.000 Zuschauer, viele davon Studenten in SA- und SS-Uniformen. Sie werfen in Berlin 25.000 Bücher ins Feuer und verurteilen die Gesinnung großer Autoren in ihren Feuersprüchen. So fallen Werke von Marx und Kautsky den Flammen zum Opfer mit den Worten, „gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebensauffassung“.

Manch ein Autor schaut sich die Verbrennung sogar persönlich an, so auch Erich Kästner. Er schreibt später: „Ich stand vor der Universität, eingekeilt zwischen Studenten in SA-Uniform, den Blüten der Nation, sah unsere Bücher in die zuckenden Flammen fliegen.“

Der Schriftsteller und Kritiker Alfred Kerr schrieb zu den Bücherverbrennungen: „Hitler wusste, warum er Künstler, alle Künste, durch den Scheiterhaufenprozess der entarteten Kunst zum Schweigen verurteilte. Weil von wahrer Kunst Schärfung des Gewissens, Stärkung des Geistes, Kritik an der Halbwahrheit ausgeht, weil sie Aufruf zur höchsten Menschlichkeit ist.“

Die Bücherverbrennung im Mai stellte nur den Höhepunkt der vierwöchigen Aktion „Wider den undeutschen Geist“ dar. Die Aktion begann am 12. April mit der Veröffentlichung von 12 Thesen mit dem Ziel, das jüdisch-deutsche Geistesleben zu vernichten. Studen-

ten hingen hetzerische Plakate auf und forderten auf ihnen zur Reinhaltung der deutschen Sprache Sprache. Sie priesen Hochschulen als „Hort des deutschen Volkstums“. Es wurden „Schwarze Listen“ erstellt, die die zu verbrennenden Bücher enthielten. Mit Lastwagen fuhren die Studenten vor Bibliotheken und Buchhandlungen vor, und entnahmen die betreffenden Bücher. Es wurden außerdem Autor*innen und Dozierende von Hochschulen öffentlich denunziert, wenn an ihrer Gesinnung gezweifelt wurde.

Es gab aber auch eine „Weiße Liste“ mit Büchern, die als regimekonform galten und vom NS-Regime empfohlen wurden. Aus Solidarität mit seinen Schriftstellerkollegen veröffentlichte der Schriftsteller Oskar Maria Graf, der mit einigen Werken auf der „Weißen Liste“ stand, den solidarischen Aufruf „Verbrennt mich!“

Vielen Schriftstellern wurde das Schreiben verboten und insgesamt ca. 2.000 von ihnen gingen ins Exil, z.B. Anna Seghers und Else Lasker-Schüler. Nicht jeder verbrachte dort eine gute Zeit. So nahmen sich z.B. Stefan Zweig und Walter Benjamin das Leben. Andere, wie Carl von Ossietzky, wurden verhaftet, gefoltert und im KZ ermordet.

Der 10. Mai wird Gedenktag

Bereits 1934 wurde von deutschen Schriftstellern im Pariser Exil die „Deutsche Freiheitsbibliothek“ gegründet. Werke, die am 10. Mai in Deutschland verbrannt wurden, fanden in ihr Eingang.

Auch Gedenkfeiern gab es zeitnah. So am zehnten Jahrestag 1943. In den USA hingen an über 300 Bibliotheken die Fahnen auf Halbmast.

Am 10. Mai 1947 erklärte der spätere Verleger Peter Suhrkamp in Berlin: „Wenn heute der Tag des freien Buches proklamiert wird, ist das die Proklamation einer Forderung: das geistige Leben in allen Formen jedem Menschen zugänglich zu machen!“

Der Tag des Buches heute

1979 verbündeten sich drei Institutionen und regten an, den 10. Mai fortan als Erinnerung an die Bücherverbrennung unter dem Namen „Tag des Buches“ zu begehen: der Börsenverein des deutschen Buchhandels, der in den dreißiger Jahren die „Schwarze Liste“

veröffentlicht hat, die Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum Deutschland und der Verband deutscher Schriftsteller.

Das PEN-Zentrum mahnt heute, dass die Vernichtung von Büchern als Mittel der Unterdrückung Andersdenkender nicht vergessen werden darf: „Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Intoleranz und der beängstigend machtvoll aufstrebenden völkischen Bewegungen ist es von bedrückender Aktualität, daran zu erinnern.“

Heute lesen in zahlreichen Städten Deutschlands Autor*innen öffentlich aus den Werken, die vor 85 Jahren verbrannt wurden. Es wurden in mehreren Städten Gedenktafeln aufgestellt, unweit der Orte, an denen die Nazis die Scheiterhaufen für die Literatur errichteten, etwas in Berlin, Göttingen und Düsseldorf. Die Gedenktafel ziert ein Zitat Heinrich Heines:

„das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ Dieses Zitat stammt aus dem 1923 veröffentlichten Jugendroman „Almansor“ und bezieht sich auf die Unterdrückung des Islam und die Vertreibung der Muslime in Spanien des 15. Jahrhunderts. Es behielt auch für 1933 an Aktualität.

Heinrich Riethmüller, Vorsteher des Börsenvereins, sieht in seinem Verband auf Grund der Vergangenheit eine besondere Verantwortung, heute für die Freiheit des Wortes einzutreten. „Als Buchmenschen von heute wollen wir die Erinnerung an diese Ereignisse wachhalten und ihnen ein entscheidendes ‚Nie wieder!‘ entgegensetzen.“

Daniela Müller
Redaktion Saalekreis

Zum Umgang mit der AfD

Teil 2: Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD

Viele Rechtspopulisten lehnen Feminismus, Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming ab. Auch die AfD bildet da keine Ausnahme. Im folgenden eine kurze Zusammenstellung dessen, wie sich die AfD die Rolle der Geschlechter und das Familienbild der Deutschen vorstellt:

* Die AfD ist gegen Quotenregelung und der Meinung, dass es keine Maßnahmen gegen Diskriminierung braucht. Sie möchte die Abschaffung der Antidiskriminierungsgesetze, da es laut der AfD keine Gleichstellung der Geschlechter benötigt. Das spiegelt sich auch in ihrem Rollenbild von Mann und Frau wieder.

* Unter Familien- und Geschlechterpolitik versteht die AfD Bevölkerungspolitik. Das bedeutet, dass sie für ein traditionelles Familienbild ist. Sie will kinderreiche Familien fördern. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder alleinerziehende Mütter oder Väter werden nicht als klassische Familien angesehen und werden deswegen auch nicht gefördert. Gleichzeitig möchte die AfD das Abstammungsprinzip im Staatsbürgerschaftsrecht wieder einführen. Die Willkommenskultur für Kinder ist dies betreffend nur einem völkisch bestimmten exklusiven Kreis vorbehalten. Der Familiennachzug für Geflüchtete wird demnach ausgeschlossen.

* Aufklärung in der Schule würde unter der AfD sehr einseitig. Sexuelle Vielfalt und geschlechtliche Identitäten jenseits heterosexueller Vorstellungen stehen bei

der AfD nicht auf dem Lehrplan. Es sollen Regeln zur Partnerschaft und Familie, Haushaltsführung, Lebensschutz und Kindererziehung gelehrt werden.

* Das Abtreibungsrecht muss laut AfD überarbeitet werden. Der AfD geht es um den Schutz des Lebens und dahingehend soll die Meldepflicht für Abtreibungen ausgeweitet werden. Während heutzutage ergebnisoffen beraten wird, soll unter der AfD der Schutz des Lebens Vorrang haben.

* Ehescheidungen sollen nach der AfD wieder mit einem Schuldprinzip einhergehen. Vormalig angeschafft, da zumeist die Frauen rechtlich-materiell benachteiligt wurden, ist die AfD für eine Wiedereinführung des Prinzips.

* Wie schon angedeutet ist die AfD gegen das Konzept Gender-Mainstreaming. Eingeführt, um eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, wie z.B. gleicher Lohn für Frauen für gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen, hält die AfD für unsinnig. Das Gender-Mainstreaming bedroht laut AfD traditionelle Familienkonzepte und stigmatisiert traditionelle Geschlechterrollen und negiert vermeintlich natürliche Unterschiede zwischen Mann und Frau. Dahingehend

ist die AfD auch gegen eine Quotenregelung, um z.B. Frauen gleichermaßen in Parteien, Gremien oder Unternehmensführungen zu platzieren.

* Gender-Studies, in welchen Frauen- und Geschlechterforschung und die Entwicklung von gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen untersucht werden, bezeichnet die AfD als unwissenschaftlich und politisch motiviert. Deren staatliche Förderung im Bundesprogramm soll eingestellt und der Forschungsbereich gänzlich abgeschafft werden.

Handlungsempfehlungen:

* Ausgrenzung und Diskriminierung klar benennen und demokratischen Umgang einfordern

o Es ist wichtig, einzuschreiten, wenn Menschen auf Grund ihrer Gruppenzugehörigkeit, ihrer Lebensweise oder Identität abgewertet werden. Verweise auf die Regeln eines demokratischen Miteinanders und fordere sie ein. Grundsätzlich ist, dass ein Austausch über verschiedene Standpunkte Grundlage jeder demokratischen Praxis ist. Teile dies Deinem Gegenüber mit. Ob Deine argumentative Auseinandersetzung mit jemandem, der menschenfeindliche Positionen anbringt, erfolgreich ist, ist von der Situation und Deinem Gegenüber abhängig.

* Sich austauschen und Netzwerke gründen

o Ein Austausch ist wichtig für eine eigene inhaltliche Auseinandersetzung. Mit einem Austausch kannst Du Dir klar über Deine eigene Position werden und sie mit der Gruppe teilen. Ihr könnt gemeinsam eine Position formulieren und so Betroffenen von Ausgrenzung und Gewalt helfen. Beachte dabei, Betroffene immer ernst zu nehmen. Beziehe sie in das Gespräch ein und hilf ihnen, sich Gehör zu verschaffen. Achte darauf, dass die unterschiedlichen Positionen klar und deutlich rüber kommen.

* Solidarität zeigen und sich positionieren

o Feministische und gleichstellungspolitische Erfolge sind Errungenschaften, die zu unserem Leben dazugehören. Angriffe dagegen richten sich gegen unsere heutige demokratische Gesellschaft. Antifeministische und vielfaltfeindliche Positionen müssen identifiziert werden. Benenne sie und positioniere Dich klar dagegen. Dabei muss rassistischen Instrumentalisierungen geschlechterspezifischer Forderungen, Verallgemeinerungen und Stereotypen deutlich entgegen getreten werden.

* Eigene Themen setzen

o Hier heißt es, nicht nur reagieren, agieren! Zeichne ein möglichst positives und realistisches Bild einer offenen, demokratischen Gesellschaft. Zeige auf, dass wir vielfältig sind und offene Geschlechter- und Familienbilder haben und damit der Vorstellung der AfD in der gelebten Realität nicht entsprechen.

Zum Weiterlesen:

Bei der Amadeu Antonio Stiftung gibt es eine Handreichung, die erklärt, wie sexuelle Gewalt und davon Betroffene instrumentalisiert werden, um Vorurteile und Hass gegen Geflüchtete und Migrant*innen zu verbreiten.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/#Gender_und_Rechtsextremismus

Für alle, die den Beitrag gern nachlesen wollen. Die Broschüre „Positionen, Konfrontieren, Streiten: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD“ ist bei der Amadeu Antonio Stiftung erschienen.

In der nächsten Ausgabe geht es an dieser Stelle weiter mit dem Thema: Auseinandersetzung in Parlamenten und Kommunalvertretungen

Daniela Müller

Redaktion Saalekreis

Rezension

Michael Bröning Lob der Nation. Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen Verlag J.HZ.W. Dietz Nachf. 2018, ISBN 978-3-8012-0528-7, 112 S.

PolitikwissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und politisch interessierte BürgerInnen ringen seit Jahrzehnten mit der Frage von Nation und Nationalstaat. Marx und Engels ließen in ihren Überlegungen keinen Zweifel daran, dass die Lösung der sozialen Frage durch

die Arbeiterklasse zu einer Überwindung der Nation führen würde. Und erleben wir nicht gerade, so der Autor, durch die Globalisierung zunehmend supranationale Zusammenschlüsse und dezentral kooperierende Regionen? Gleichzeitig gibt es die gegenläufige Tendenz: gab es 1980 noch 177 Nationalstaaten, so sind es 2018 schon 202 (u.a. durch Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens), Tendenz steigend (vgl. S 9). Auch zahlreiche separatistische Bewegungen (Schottland, Katalonien, Kurden) wünschen sich einen eigenen Nationalstaat. Der Ergebnisse der Mei-

nungsforschung (hier der World Values Survey) ergeben immer wieder eine hohe Akzeptanz der nationalen Identität bzw. Stolz auf die Zugehörigkeit zur eigenen Nation. Allerdings macht der Autor eine deutsche Besonderheit auf Grund der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geltend: Europafreundlichkeit und Überwindung von absoluter staatlicher Souveränität.

Diesen Strang seiner Überlegungen verbindet der Autor gekonnt mit einem zweiten: Integrations- und Migrationspolitik. Dabei geht er davon aus, dass sich „in Anbetracht der Struktur der Europäischen Union... die Symbiose von Demokratie und Nationalstaat als entscheidend (erweist)“ (S. 15). Logisch schließt sich für ihn die Frage an, „ob ein Mehr an Demokratie zur Sicherung der europäischen Errungenschaften nicht am ehesten durch ein mehr an

Nationalstaatlichkeit zu erreichen ist“ (ebd.)

Wegweisend für eine gelungene Migrations- und Integrationspolitik wären für ihn „überzeugende Identitätsangebote auf staatlicher Ebene“. D.h. die gegenwärtig in den europäischen Ländern praktizierte Politik des Multikulturalismus und der Anerkennung von Differenzen würde durch das Zementieren von Unterschieden geradezu zum Gegenteil führen: der Verhinderung von Integration (vgl. S. 29). Stattdessen müssten Gemeinsamkeiten von Alteingesessenen und Einwanderern betont werden. „Differenzen könne man respektieren ... integrieren kann man nur über Gemeinsamkeiten“ (S. 32).

Das prägnant und schlüssig geschriebene Buch lädt geradezu zur Diskussion ein, insbesondere unter Linken (da diese, so der Autor, zur Migrationspolitik bisher wenig erfolgreich argumentiert habe).

Wir machen Druck für gesunde Krankenhäuser

Die LINKE Pflegekampagne ist erfolgreich gestartet. Jetzt geht es mit einer Aktionswoche gegen Krankenhausschließungen und Ärztemangel auf dem Land weiter.

Überall im Land stehen Pflegekräfte gegen die miesen Bedingungen auf. Kein Wunder: Allein in den Krankenhäusern fehlen 100 000 Vollzeit-Pflegestellen, die Altenpflege gar nicht mitgerechnet.

Deshalb hat DIE LINKE am 12. Mai die Kampagne „Menschen vor Profite – Pflegenotstand stoppen!“ gestartet. Mehr als 200 Kreisverbände haben Aktionen auf die Beine gestellt, die Nachfrage nach Material ist groß, es wurde schon nachgedruckt.

Rettet die Krankenhäuser

36 Prozent der Krankenhäuser werden privat geführt. Und jedes Jahr werden es mehr, denn freigemeinnützige und öffentliche Häuser werden weiter geschlossen oder privatisiert. Der Grund: Seit Einführung der Fallpauschalen (DRGs) 2004 bekommen Krankenhäuser nicht mehr das Geld, das sie benötigen. Stattdessen erhalten sie je nach Diagnose für jeden „Fall“ eine unterschiedlich hohe Fallpauschale, aus der sie ihre Betriebskosten, vor allem die Personalkosten bezahlen müssen. Wer also mit möglichst wenig Personal möglichst viele möglichst schwere „Fälle macht“, steht gut da. Krankenhäuser, die mehr Personal be-

schäftigen als andere, gehen pleite. Nur große Geburtsstationen schaffen es zum Beispiel, Geld abzuwerfen. Allein zwischen 1991 und 2014 wurde in 461 Kliniken die Geburtshilfe gestrichen.

Die LINKE hält dagegen: Krankenhäuser sollen nicht Profit machen, sondern die Bevölkerung versorgen. Wir fordern die Abschaffung des Fallpauschalen-Systems und eine Finanzierung, die sich an Bedarf und den Bedürfnissen der Menschen orientiert statt am Profit.

Auf dem Land und in ärmeren Stadtteilen ist die Versorgung außerdem oft besonders schlecht, auch mit Arztpraxen. Für viele wird der Weg zum nächsten Arzt oder ins nächste Krankenhaus immer weiter. Andere, profitable Gebiete sind dagegen überversorgt. Das wollen wir ändern!

Vom Leipziger Parteitag aus starten wir zusammen in eine Aktionswoche. Im Mittelpunkt steht: Krankenhäuser gegen Schließungen, Teilschließungen und Privatisierung verteidigen. Für gute Gesundheitsversorgung und gegen Ärztemangel auf dem Land. Alle Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen sind aufgerufen, sich zu beteiligen.

Ihr könnt Material bestellen und findet Aktionsideen auf der Seite pflegenotstand-stoppen.de.

Zur Fiesta de Solidaridad nach Berlin!

Am 28. Juli 2018 feiert die AG Cuba Sí wieder die traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

„Man fühlt sich wie in Kuba!“ – so erzählen es jedes Jahr die Besucher der „Fiesta de Solidaridad“. Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli 2018 wieder Kubafreund*innen aus dem In- und Ausland zu diesem großen Solidaritätsfest in die Berliner „Parkaue“ ein.

Auch in diesem Jahr erwartet die Besucher*innen ein umfangreiches Programm: Musik, Vorträge, Ausstellungen und Diskussionen, auch gibt es Baseball, Boxen und Domino. An über 50 Ständen locken karibische Cocktails, leckeres Essen, Infos aus Kuba und Lateinamerika sowie interessante Gespräche.

Für die Talkrunden hat Cuba Sí interessante Gäste eingeladen, so zum Beispiel den kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo, angekündigt hat sich auch sein „Interkosmos“-Kollege Siegmund Jähn. Bei der Fiesta dabei sind auch María del Carmen Cejas, Präsidentin unserer Partnerorganisation für die Milchprojekte (ACPA), sowie Elio Gámez, Vizepräsident des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft.

Die kleinen Fiesta-Besucher können sich auf ein wunderbares Kinderfest freuen, und bei unserer Solidaritätstombola ist der Hauptpreis ein Flugticket nach Kuba.

Am Abend steht die Band „Che Sudaka“ live auf der Fiesta-Bühne! Und für die Nimmermüden beginnt um 22 Uhr eine After-Show-Party im Stadtteilladen „Zielona Gora“, am Boxhagener Platz, Grünberger Str. 73, 10245 Berlin.

„Umsonst und draußen“ – so feiern wir die „Fiesta de Solidaridad“ auch in diesem Jahr! Wer sich trotzdem an der Finanzierung unseres Solifestes beteiligen möchte, kann dies mit einer Spende von 5 Euro tun. Dafür gibt's den Soli-Button – getragen am T-Shirt oder am Rucksack macht er Euch als Unterstützer der Fiesta erkennbar. Und wer Lust hat, am Fiesta-Tag dem Organisationsteam zu helfen – beim Auf- oder Abbau, beim Cocktail-Mixen, beim Bierverkauf oder beim Verkauf der Lose –, der melde sich bitte unter berlin@cuba-si.org!

Nos vemos! Wir sehen uns in Berlin.

AG Cuba Sí (www.cuba-si.org)

Fiesta de Solidaridad

28. Juli 2018, 14 – 22 Uhr

Parkaue Berlin-Lichtenberg, Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee

After-Show-Party

Ab 22 Uhr, Stadtteilladen „Zielona Gora“

Grünberger Straße 73, 10245 Berlin (am Boxhagener Platz)



Fiesta de Solidaridad

Post von Lene

Liebe Mitlinke,

Uff! Endlich hat es geregnet. Es war ja kaum noch auszuhalten in unseren Klassenräumen. Da half auch das Fensteraufreißen nicht viel. Das Gras im Garten war schon ganz gelb geworden von der glühenden Sonne, alles andere konnten Oma und Opa durch gießen retten. Ich habe mir schon die ersten Erdbeeren gemaust und für Mama und Papa Rosen mitnehmen dürfen. Nun will ich euch schreiben, was mich so in letzter Zeit rein politisch geärgert hat und worüber wir uns vielleicht Sorgen machen müssen.

Da fange ich erst mal mit Politikungeheuer Trump an. Ich habe das wieder mal erlauscht, und ihr versteht das sicher besser als ich. Der Trump verkündet doch bei jeder Gelegenheit „America first!“, egal, ob das den übrigen Ländern passt oder nicht. Da gibt es z. B. einen Vertrag vieler Länder (auch die BRD) mit dem fernen Land Iran, dass sie mit ihm Handel treiben wollen, wennes auf Atomwaffen verzichtet. Atomwaffen sind hoch gefährlich haben mir meine Eltern gesagt. Die Amis haben am Ende des 2. Weltkrieges auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki Atombomben abgeworfen. Ihre Strahlen haben noch viele Jahre nach dem Krieg vielen Menschen Krankheit und Tod gebracht. Deswegen ist doch so ein Vertrag sehr wichtig. Jetzt verkündet der Idiot Trump doch, dass dieses Abkommen für ihn nicht mehr gültig ist und will alle Länder bestrafen (das sind rund 28 Staaten sagt Papa), wenn sie weiter Handel mit dem Iran treiben. Ich sage doch, dieser angeberische Großkotz (Entschuldigung!) ist noch gefährlicher für den Frieden als ich bisher dachte. Der sagt sich scheinbar, dass er bestimmt, was Recht und was Unrecht ist. Wenn ich den Kerl schon in den Nachrichten sehe, wie er wieder mal ein Blatt mit seiner Unterschrift hochhebt. Oma sagt mir auf meine Befragung hin, dass hinter dem Trump die Rüstungskonzerne stehen. Die haben seinen Wahlkampf finanziert und nun wollen sie natürlich jede Menge Profit machen. Was ich nicht so recht kapiere ist, dass die Menschen in den USA sich kaum dagegen wehren. So, nun muss ich noch was zu der AfD schreiben, was mir aufgefallen ist. Und ich bin entsetzt, dass so was unbestraft bleibt in unserem Land. Ich habe beim Zeitungsdurchstöbern gelesen, was der Fraktionschef der AfD namens Gauland im Hohen Haus in Berlin auf

einer großen Jugendversammlung seiner Partei in Thüringen rausgehauen hat.

Ich schreibe das mal ab, nicht dass ich das eventuell falsch verstanden habe.

„...haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“ Na hallo, was sollen das für Leistungen sein?

Allein der 2. Weltkrieg, sagt Opa, hat 50 Millionen!! Kriegsoffer gefordert, Oma sagt, dass in ihrer Familie von 4 Männern 3 im Krieg umgekommen sind. Und die Eltern sollten damals gefälligst nicht jammern, sondern stolze Trauer zeigen, denn ihre Söhne sind für Führer, Volk und Vaterland gefallen.

Da frage ich mich, was die deutschen Soldaten z. B. in Polen, der Sowjetunion (so hieß das Riesenland damals) und in Frankreich zu suchen hatten. Sie haben dort nicht „nur“ gegen Soldaten gekämpft, sondern haben auch unschuldige Frauen und Kinder einfach ermordet. Und darauf sollen wir nach Ansicht von Gauland stolz sein? Gauland sagt weiterhin, und das hat mich besonders empört: „Wir haben eine ruhmreiche Geschichte hinter uns und die, liebe Freunde, dauerte länger als die verdammten 12 Jahre!“ Er nannte die Nazizeit einen „Vogelschiss“ in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte. Das ist ja widerlich- 6 Mill. in Gaskammern ermordete Juden ein Vogelschiss?

Darf man jetzt wirklich ungestraft die Naziverbrechen schönreden? In Thüringen dürfen die Neonazis nach einem Gerichtsurteil gegen den Willen des Landkreises ihr Rechtsrock-Festival starten.

Der Landkreis Hildburghausen hatte das Nazikonzert verboten, Im vergangenen Jahr hatte dort bereits so ein Konzert stattgefunden.

Da waren, sagt Papa, 6000 Rechte aus ganz Europa angereist. Das Mitglied einer Band soll mit dem Hitlergruß und „Sieg Heil“-Rufen aufgefallen sein. Ich verstehe nicht, dass so etwas nicht bestraft wird. Ich bin total empört!

Tschüss
Eure Lene



Neues aus dem BBZ „lebensart“ e.V. Beratungsstelle für geschlechtlich-sexuelle Identität

Gesunde, freie Seele. Über Transgeschlechtlichkeit nachdenken.

Lesung zum Erscheinen des Reiseführers (Hrsg.: BBZ „lebensart“ e.V.) **am Donnerstag, 14. Juni 2018, 17.30 Uhr im BBZ „lebensart“ e.V.**

„Mein Äußeres entspricht nicht meinem Inneren, meiner Seele – dem, was und wer ich bin. Meine Seele hat das eine Geschlecht und mein Körper zeigt genau das Gegenteil. Bin ich irgendein verrückter Freak? Oft gibt mir die Gesellschaft eine stille Antwort und sie lautet: Wenn alle anderen denken, dass ich unnormal bin, dann muss es wohl wirklich so sein. Doch im tiefsten Teil meines Herzens weiß ich, ich bin es wert, dass es mir gut geht. Ich habe ein Recht auf ein glückliches Leben und irgendwo da draußen gibt es Menschen, die mich verstehen und die fühlen wie ich.“ Nach einer Einführung durch Marlen Weller-Menzel (Dipl. Soz.Päd., M.A. Sex.päd., pädagogisch-wissenschaftliche Projektleitung) wird es eine exklusive Leseprobe von und mit Fiona Hruschka sowie eine Gesprächsrunde mit unserem Fachberater zu geschlechtlich-sexueller Identität, Ants Kiel (Dipl.-Päd.), geben. Der Eintritt ist frei.

„homo sum“-Ausgabe 2/2018 ist online

In der neuen Ausgabe der „homo sum“-Quartalsblatt

für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ des BBZ „lebensart“ e.V. finden sich Informationen zum Projekt „Passt nicht, gibt's nicht... typisch Halle“ und zur Herausgabe des Trans*-Ratgeber sowie ein Beitrag über unsere 90-Minuten-Workshops mit jungen Leuten an einer Berufsschule.

Abgerundet wird die „homo sum“ mit Kinderbuch-Empfehlungen und einem aktuellen Queer-Guide für Sachsen-Anhalt.

Die Druckausgabe wird voraussichtlich ab 14.6. verteilt, online ist sie bereits hier zu lesen: http://www.bbz-lebensart.de/CMSS/uploads/homo_sum_2_18_web.pdf

Nachlese zum IDAHIT 2018: Sendung des Offenen Kanals Merseburg-Querfurt

Zum Internationalen Tag gegen Homo-, Inter- und Transphobie (IDAHIT) fanden nicht nur in Halle Veranstaltungen statt. Unser Mitarbeiter Ants Kiel (Dipl.-Päd.) nahm an einer Podiumsrunde beim Offenen Kanal Merseburg-Querfurt teil. Er gab Auskunft über die Situation trans- und intergeschlechtlicher sowie nicht-heterosexueller Menschen und gewährte einen Einblick in seine Arbeit als Fachberater und Bildungsarbeiter.

<https://www.youtube.com/watch?v=CmmjJrUEbE>

Rezension

Michael Ramminger/Franz Segbers (Hrsg.), „Alle Verhältnisse umzuwerfen... und die Mächtigen vom Thron zu stürzen“. Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx. VSA Verlag Hamburg 2018, ISBN 978-3-89965-790-6, 245 S.

Sowohl in der gesamten Gesellschaft (s. Debatten um die Bedeutung der Reformation für die heutige Entwicklung, kirchliches Arbeitsrecht etc.) als auch vor allem unter den LINKEN gibt es seit einiger Zeit heftige Kontroversen um das Verständnis der Marx'schen Religionskritik bzw. um das Verhältnis von Christen und Marxisten. Die 18 AutorInnen des Bandes beteiligen sich an diesen Debatten – im Sinne des Aufzeigens von gemeinsamen Wurzeln und Zielen dieser beiden Traditionen. „Kapitalismuskritik bleibt die gemeinsame Herausforderung“ (S. 15ff). Dies drückt sich bereits im Titel erfolgten Zusammenfüh-

rung zweier Zitate aus und wird prägnant von Michael Löwy (Soziologe und Philosoph) formuliert: „Was beiden gemeinsam ist, ist das moralische Ethos, die prophetische Revolte, die humanistische Empörung angesichts des Götzendienstes des Marktes und – was noch wichtiger ist – die Solidarität mit dessen Opfern“ (S. 216). Löwy bezieht dies in seinem Beitrag zwar zunächst auf seine Analyse der Theologie der Befreiung, m. E. kann es durchaus für das gesamte Buch gelten.

Nach einem Vorwort der Herausgeber beginnt es mit einer Hommage des Mathematikers, Theologen und

Übersetzers Kuno Füssel an Karl Marx unter der Fragestellung „Warum und wie soll man sich mit Karl Marx beschäftigen?“ – eine Fragestellung die im 200. Geburtsjahr von Karl Marx viele Menschen beschäftigt. Zum o.g. Verhältnis von K. Marx zur Religion betont er, dass diese nicht das Ziel gehabt habe, „die Religion zu zerstören, sondern die Entfaltung seines Grundsatzes, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist“ (S. 21).

Die folgenden Beiträge sind 3 Abschnitten zugeordnet: Ein Blick zurück auf Marx; Mit Marx in die Gegenwart und: Mit Marx international. Im ersten Teil werden das Wirken und die Ansichten Wilhelm Weitlings, der Inneren Mission (vor allem Adolph Kolping und Wilhelm Emanuel Ketteler) sowie die Situation in der DDR analysiert. Der zweite Teil ist theoretisch-analytisch zu verschiedenen Gerechtigkeitsvorstellungen bzw. den unterschiedlichen Verwendungen der Termini Götzen, Fetisch, Opium. Der Philosoph, Soziologe und Schriftsetzer Helge Mewes beschreibt zum einen, wie es zur Verkehrung der Marx'schen Aussage von der „Religion als Opium des Volkes“ zu „Opium für das Volk“ kam, zum anderen analysiert er den Begriff Opium auch

ideengeschichtlich und historisch („Opiumkrieg“). Weiterhin wird in diesem Abschnitt von verschiedenen Autoren auf Marx'sche Aussagen zur Ökologie und deren heutige Anwendungen eingegangen.

Der dritte Abschnitt beginnt mit einer Analyse des Sozialethikers Franz Segbers zur Entwicklung der Arbeiterbewegung in den Philippinen. Insbesondere beschreibt er dabei, wie und warum Karl Marx als Inspirator für die dortige Kirche (IFI) gelten kann. Gleichzeitig mit der Kirchengründung fand die Gründung einer Gewerkschaft statt – wohl in dieser Verbindung weltweit einmalig (s. 201ff). Die Pastorin der Methodistischen Kirche in Brasilien, Nancy Cardoso“ geht in ihrem Beitrag auf das Verhältnis zum Feminismus bzw. wie sie schreibt, zu Feminismen, ein. Insbesondere analysiert sie Che Guevaras Aussagen zur Rolle der Frau(en) in der Befreiungsbewegung. Jörg Rieger (Prof. für Theologie belegt in seinem Beitrag „Christen, Marx und die USA“, dass „die Geschichte der USA ohne progressive christliche Einflüsse nicht gedacht werden kann“ (S. 232) und geht dabei vor allem auf Marx' für Artikel für die New York Tribune bzw. dessen Brief an Lincoln, anlässlich von dessen Wiederwahl als Präsident der USA ein.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Juni Geburtstag haben.



#Landtagsticker - Ausgewähltes aus der Landtagssitzung

Aktuelle Debatte zur Sicherung der medizinischen Grundversorgung

Erhebliche Engpässe bei der Notfallversorgung in Sachsen-Anhalt waren für die Fraktion Die LINKE Anlass, eine aktuelle Debatte im Landtag zu beantragen. Ganz aktuell hatten wir die Ereignisse im Salzlandkreis im Blick – Abmeldungen von Abteilungen bis hin zur Notfallambulanz bedrohen das Wohl der Patient*innen. Grund dafür ist der Personalmangel, der nicht zuletzt durch die Privatisierung kommunaler Krankenhäuser hervorgerufen wurde. Dies führt zugleich zu einer massiven Überlastung des Personals. Hauptprobleme sind dabei der ökonomische Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern, das Fallpauschalensystem und der dauernde und zunehmende Privatisierungsdruck in der gesamten Kliniklandschaft. Das Streben der privaten Träger nach Rendite lähmt

die Sicherstellung der medizinischen Versorgung. Der gesetzliche Auftrag jedoch liegt bei den Kommunen. Der Handlungsbedarf ist akut und bedarf einer lösungsorientierten Auseinandersetzung auf Landesebene.

Unsere Forderung: Landesweites Azubi-Ticket einführen

Zur Ausgangssituation: Sachsen-Anhalt hat einen Fachkräftemangel. Auszubildende zu finden und zu halten ist schwierig. Um die Attraktivität zu steigern, sollte die Landesregierung mit Beschluss des Landtages vom 25. August 2017 die Einführung eines Azubitickets prüfen. Doch bisher ist nichts geschehen. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung mit einem Antrag nunmehr aufgefordert, dafür zu sorgen, dass auch alle Auszubildenden, die dem Grunde nach keinen Anspruch gemäß § 12 BaföG und BAB gemäß § 63 SGB III haben, Fahrtkosten zum

Ausbildungsbetrieb und zur Berufsschule sowie alle Studierenden ab dem 1. August 2018 Fahrtkosten zur Fachhochschule und Universität erstattet bekommen. Zum Schuljahr 2019/2020 sollen auch Schüler/innen der Schuljahrgänge 11 bis 13 die Bus- und Bahnfahrt zur und von der Schule kostenfrei gestellt bekommen. Dieser Antrag wurde in mehrere Ausschüsse zur Beratung verwiesen. Das lässt befürchten, dass bis zum Beginn des nächsten Ausbildungs- und Studienjahres keine Entscheidung fallen wird.

Datenschutzrechte der Bürger*innen stärken

Das Wirksamwerden der Datenschutzgrundverordnung am 25. Mai 2018 bewegt die Menschen. Doch trotz zahlreicher offener Fragen beschloss der Landtag mehrheitlich, die Landesregierung lediglich zu bitten, zur Umsetzung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in den Ausschüssen für Inneres und Sport, für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien zu berichten. Dagegen fand der Alternativantrag, der Fraktion DIE LINKE keine Mehrheit, in dem sie sich für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausspricht und u.a. praktikable und nachteilsfreie Regelungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe, Freiberufler, Vereine und Ehrenamtliche bei gleichzeitiger Einhaltung eines hohen Datenschutzniveaus fordert.

In diesem Zusammenhang ist für uns die erneute Nichtwahl von Nils Leopold zum Datenschutzbeauftragten ein fatales Signal aus dem Landtag. Denn Anwenderinnen und Anwender brauchen Hilfestellung und gestärkte Datenschutzbehörden sind notwendig.

Für die Erweiterung des Diskriminierungsverbots im Grundgesetz

Am 10. April 2018 beschloss der Berliner Senat eine Bundesratsinitiative zur Änderung von Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz. Mit dieser Änderung werden Merkmale der „sexuellen Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ aufgenommen. Damit soll eine tatsächliche Gleichheit aller Menschen in der Bundesrepublik Deutschland garantiert werden. Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung auf, diese Bundesratsinitiative zu unterstützen und ein eindeutiges Zeichen gegen die anhaltende Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen Menschen (LSBTTI) zu setzen.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen, dass in Zeiten des aufstrebenden Rechtspopulismus wieder darum gerungen werden muss, das Erreichte zu bewahren. Umso wichtiger ist es, sich in einer so essenziellen Frage wie der nach den Menschenrechten und der Menschenwürde, unmissverständlich zu positionieren.

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im April 2018 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook und Twitter kann man die Debatten verfolgen.

Links wirkt: Ein neues Anti-Dumping-Instrument der EU!

Pressemitteilung Europaabgeordneter Helmut Scholz (DIE LINKE.)

Als Durchbruch in der EU-Gesetzgebung hat der Handelspolitische Sprecher der Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament, Helmut Scholz, das neue Anti-Dumping-Instrumentarium der EU gewürdigt. Damit seien zentrale Forderungen auch der Linksfraktion des Europaparlaments aufgegriffen worden, sagte der Abgeordnete in der Plenardebatte zum Schutz gegen gedumpte und subventionierte Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern.

„Mit unserem neuen Anti-Dumping-Instrumentarium haben wir wirklich einen wichtigen neuen Durchbruch in der EU-Gesetzgebung erreicht. Die Europäische Union ist jetzt der erste große Akteur weltweit, der bei

der Festlegung eines fairen Preisniveaus im internationalen Vergleich auch die sozialen und ökologischen Kosten berücksichtigt“, erklärte Helmut Scholz am Dienstagabend vor dem Plenum in Strasbourg. Er ergänzte: „Sicherlich ein Kompromiss, noch nicht alles ist aufgegangen, aber ein entscheidender Schritt ist getan.“

Nach Jahren der Verhandlung sei es gelungen, für eine zentrale Forderung der Linken, der Gewerkschaften, aber auch von immer mehr Unternehmen eine Mehrheit zu gewinnen. „Endlich kann nun gegen Sozial-Dumping und gegen Umwelt-Dumping vorgegangen werden. In der globalisierten Wirtschaft von heute

brauchen Beschäftigte und Unternehmen dringend dieses Instrument.“

Der Abgeordnete weiter: „Jetzt müssen wir als Europäische Union aktiv und energisch auf unsere internationalen Partner zugehen, um dieses Thema erfolgreich in die multilateralen Foren zu tragen. Aufgabe bleibt es, im Welthandel den Regulierungsrahmen zu entwickeln, um Ausbeutung von Arbeitskräften und Raubbau an der Natur und dem Klima zu verhindern.

Dazu ist auch Transparenz und Vorhersehbarkeit der anzuwendenden handelspolitischen Regeln absolut notwendig. Zu diesem Zweck hoffe ich, dass es mit der Erfahrung der EU-Gesetzgebung nun auch gemeinsam gelingt, das WTO-Recht entsprechend zu modernisieren und auf die Höhe der Anforderungen des 21. Jahrhunderts zu heben“, erklärte Helmut Scholz an die EU-Handelskommissarin Malmström gerichtet.

Für eine progressive Wende in der Politik der öffentlichen Sicherheit

DIE LINKE veröffentlicht Forderungskatalog zur Innenministerkonferenz in Quedlinburg

Anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) in Quedlinburg lud die Landtagsfraktion DIE LINKE gestern zu einer Veranstaltung unter dem Titel »Sicherheit für Alle! LINKE Alternativen zu Law & Order« ein. Mit profilierten Innenpolitikerinnen der LINKEN wie Juliane Nagel (MdL Sachsen), Martina Renner (MdB Thüringen), Kristina Vogt (MdBB Bremen) und unserer Abgeordneten Henriette Quade wurde der IMK als Kristallisationspunkt der Innen-, Sicherheits-, und Bleiberechts politik ein deutlicher Kontrapunkt entgegengesetzt.

Mit der von Bundesinnenminister Horst Seehofer angekündigten Vorbildwirkung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes für das Musterpolizeigesetz des Bundes drohen die massivsten Grundrechtseinschränkungen der bundesrepublikanischen Geschichte. Dagegen richtet sich Kritik und Widerstand der LINKEN wie vieler weiterer Initiativen und Menschen.

Für eine progressive Wende in der Politik der öffentlichen Sicherheit wurde im Rahmen der Veranstaltung ein Forderungskatalog der LINKEN zur IMK veröffentlicht. DIE LINKE steht für Grundrechtsschutz statt für ein Musterpolizeigesetz nach bayerischem Vorbild, für Humanität und Menschenwürde statt ANKERzentren, für Datenschutz statt Sammelwut und für eine föderale Sicherheitsarchitektur statt einer Superbehörde.

Gauland muss zurücktreten!

Bernd Riexinger fordert den AfD Fraktionsvorsitzenden Gauland zum Rücktritt auf. Gauland wolle bewusst den größten Massenmord der Geschichte relativieren, um die deutsche Rechte wieder "normal" zu machen. Ein Mensch mit einem solchen Geschichtsverständnis habe im Deutschen Bundestag nichts verloren. Riexinger wies vier Tage vor dem Parteitag in Leipzig auf die Tagung des Parteivorstandes am vergangenen Samstag hin. "Der Parteivorstand erneuert in seinem Antrag die Grundüberzeugung der LINKEN von offenen Grenzen und einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft. Nach Monaten der öffentlichen Debatten liegen zu diesen Punkten keine Änderungsanträge vor. Der Bundesparteitag wird eine inhaltliche Richtungsentscheidung treffen. Ich bin zuversichtlich, dass wir unseren Kurs der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität fortsetzen."

"Sag mir wo Du stehst und welchen Weg Du gehst."

Eine Zeile aus einem Hit des Oktoberclubs, die uns in unserem politischen Leben bis heute begleitet. Diese Worte entsprangen Hartmut Königs Feder, der nunmehr eine bemerkenswerte Autobiografie vorgelegt und darin sein politisches Leben vor uns ausbreitet.

"Warten wir die Zukunft ab"

So der Titel der interessanten Lektüre. Genosse König liest aus seinem Buch und ist auf eine interessante Diskussion mit uns gespannt.

**am 22. Juni 2018, 16:30 Uhr,
Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6**

Rotfuchs Fördervereine e.V.
Regionalgruppe Halle

— 23. Juni 2018 – Das Fest der Linken —

Der Berliner Rosa-Luxemburg-Platz wird von 11 bis 22 Uhr wieder zum Festgelände mit zahlreichen Bands, einem Kinderfest, Podiumsdiskussionen und buntem Markttreiben.

